

# DGB-Vorsitzender Rosenberg mahnt zur Einigkeit

## Der Kongreß in Hannover beendet

Von unserem Korrespondenten

R. S. Hannover, 28. Oktober

Einen eindringlichen Appell, die Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaften zu erhalten, richtete der neue DGB-Vorsitzende Rosenberg zum Abschluß des sechsten ordentlichen Bundeskongresses in die Delegierten in Hannover.

Dieser Kongreß habe mit seinen ersten und manchmal auch heißen Diskussionen die Stärke des DGB gezeigt, sagte Rosenberg, aber auch die Gefahren, die ihn bedrohen. Er ermahnte die Gewerkschaften, sich darüber klar zu sein, daß die kleinste und schwächste Gewerkschaft genauso wichtig wie die größte und stärkste sei.

Auch bei den Entscheidungen der Zukunft dürften die Gewerkschaften weder nach links noch nach rechts blind werden, betonte der neue Vorsitzende und versicherte, der DGB sei mehr als nur ein Interessenverband.

Der Bundeskongreß legte in einer Reihe von Entschließungen und Anträgen die wirtschafts- und sozialpolitischen Richtlinien für die nächste Zeit fest, nachdem die Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms auf einen außerordentlichen Bundeskongreß vertagt worden war.

Nachdrücklich befürwortete der Kongreß den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und die Stärkung der europäischen Institutionen. Der Kongreß forderte gleichzeitig den Zusammenschluß der drei europäischen Exekutivbehörden.

Einstimmig nahmen die Delegierten einen Entschließungsantrag der IG Metall an, in dem festgestellt wurde, daß es durch die letzten erfolgreichen Tarifverhandlungen gelungen sei, die Widerstände der Arbeitgeber in der Lohn- und Gehaltspolitik zu überwinden.

Resolution als Maßnahmen zur Vermögensbildung scharf abgelehnt.

Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer sollte nach Ansicht des Kongresses über die Montanindustrie hinaus ausgedehnt werden. Der neue DGB-Vorsitzende, Rosenberg, erzielte hierbei gegenüber dem Vorsitzenden der IG Metall, Brenner, seinen ersten Prestigeerfolg.

Auf Antrag der IG Bergbau trat der Kongreß dafür ein, den Steinkohlebergbau in Gemeineigentum zu überführen.

Zur Sozialpolitik forderten die Delegierten eine gesetzliche Regelung, durch die die Lohnfortzahlung der Arbeiter im Krankheitsfall für sechs Wochen gesichert wird. Eine längere Diskussion entspann sich über einen Antrag der Gewerkschaft Textil, in dem ein allgemeiner, bezahlter Hausarbeitszeit für berufstätige Frauen verlangt wurde.

Auf Antrag des Bundesjugendausschusses trat der Kongreß einstimmig für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel ein.

Die SED will sich an der Wahl in Westberlin beteiligen

# Redaktionsräume waren versiegelt

„Spiegel“ versichert: Kein Geld für Bestechung — Augstein stellte sich der Polizei

Nachrichtendienst der WELT Hamburg, 28. Oktober

Mit der Verhaftung oder Festnahme leitender „Spiegel“-Redakteure und des Herausgebers Augstein sowie der Durchsuchung von Geschäfts- und Redaktionsräumen des Blattes in Hamburg und Bonn hat die westdeutsche Justiz am Wochenende die bisher einschneidendste Aktion der Nachkriegszeit gegen ein Presseorgan unternommen.

Am Sonntagabend befanden sich auf Grund von Haftbefehlen Herausgeber Augstein und einer der beiden Chefredakteure, Claus Jacobi, in Haft.



Rudolf Augstein Foto: Conti-Press

Die SED will sich an der Wahl in Westberlin beteiligen. W. Berlin, 28. Oktober

Die SED will sich an den Wahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen am 17. Februar 1963 beteiligen.

Die SED will sich an der Wahl in Westberlin beteiligen. Der Stimmenanteil der SED war von 2,7 Prozent im Jahre 1954, als sich die Partei zum ersten Male an Wahlen in Westberlin beteiligte.

chung und der aktiven Bestechung stünden.

In einer am Sonnabend von Bundesanwalt Berard herausgegebenen Pressemitteilung wurde die Aktion gegen den „Spiegel“ damit begründet, das Nachrichtenmagazin habe sich mit wichtigen Fragen der Landesverteidigung in einer Art und Weise befaßt, die den Bestand und die Sicherheit der Bundesrepublik gefährdeten.

Die Beantwortung der Frage, ob sich der Verdacht des Landesverrats speziell auf den in Heft Nr. 41 des Nachrichtenmagazins enthaltenen Artikel über den Generalinspekteur der Bundeswehr, Foertsch, und die diesjährige NATO-Stabsübung „Fallex 62“ beziehe, lehnte Bundesanwalt Berard ab.

Der vorübergehend festgenommene Redakteur Jaene erklärte am Sonntag im Fernsehen, daß ein Vertreter der Bundesanwaltschaft ihm beim Verhör mitgeteilt habe, die Aktion gegen die Zeitschrift stehe im Zusammenhang mit dem Artikel über die Übung.

Der Frage, ob die Aktion gegen den „Spiegel“ von Bundesverteidigungsminister Strauß veranlaßt worden sei, wies Berard mit der Antwort aus, die Bundesanwaltschaft prüfe von sich aus laufend Presseveröffentlichungen unter dem Gesichtspunkt, ob Landesverrat oder Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik vorliege.

Die erste Durchsuchung der Redaktions- und Verlagsräume des „Spiegel“ sowie der Wohnungen von Augstein und mehreren Redakteuren in Hamburg und Bonn und die Festnahmen von Jacobi, Engel und Jaene nahm die Polizei in der Nacht zum Sonnabend vor.

Die von Beamten der Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamtes und Polizisten besetzten Redaktionsräume in Hamburg waren auch am Sonntagabend noch nicht freigegeben worden.

# Reichsbund fordert Mindestrente

Der Sitz des Verbandes von Hamburg nach Bonn verlegt

Frankfurt a. M., 28. Oktober (UPI)

Für die Einführung einer Mindestrente in den gesetzlichen Rentenversicherungen hat sich der fünfte Bundestag des Reichsbundes der Kriegswunden und Zivilbeschädigten am Wochenende in Frankfurt am Main ausgesprochen. Die Delegierten forderten, daß der Gesetzgeber den Schwerbeschädigten die Möglichkeit einräumt, schon nach Vollendung des 60. Lebensjahres Altersruhegeld zu beziehen.

Für die Kriegsopferversicherung wurde das Ziel proklamiert, daß die Rente bei einem Versenkegrad von hundert Prozent nach dem jeweiligen Durchschnittsbruttoverdienst zu bemessen sei, wie er in der Rentenversicherung der

Arbeiter und Angestellten allerhöchst ermittelt werde. Der Bezieherkreis von Berufsausgleich sollte nicht mehr, wie zurzeit, auf Erwerbsunfähigkeit beschränkt bleiben, da auch Versehrte niedrigerer Stufen ganz beträchtlichen beruflichen Schaden erlitten hätten.

Der seit Januar 1961 kommissarisch amtierende Bundesvorsitzende Kleine (Bonn) wurde zum Ersten Vorsitzenden gewählt. Der Vorsitzende des Landesverbandes Niedersachsen, Uebel, wurde Zweiter Vorsitzender, der Vorsitzende des Landesverbandes Bremen, Jahn, Bundesratsminister. Durch eine Satzungsänderung wurde der Sitz des Reichsbundes von Hamburg an den jeweiligen Sitz der Bundesregierung beschlossen.

# Bonn diskutiert über die Aktion

Expertengutachten des Verteidigungsministeriums?

Von unserem Korrespondenten

Schr. Bonn, 28. Oktober

In Bonn war bisher nicht zu erfahren, ob die Bundesanwaltschaft schon Beweise für den bestehenden Verdacht in den Händen hat, daß Bundeswehr-offiziere, Beamte oder Angestellte des Bundesverteidigungsministeriums an das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ Informationen gegeben haben, die einen Geheimnisverrat darstellen.

Die Beamten der Sicherungsgruppe Bonn ließen sich von den Bonner Korrespondenten des „Spiegels“ auch die privaten Telefonverzeichnisse aushändigen. Während der zweistündigen Durchsuchung des Bonner Büros dieser Zeitschrift in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend scheinen die Bemühungen der Beamten besonders der Aufdeckung personeller Verbindungen mit Angehörigen des Bundesverteidigungsministeriums gegolten zu haben.

Bei der Durchsuchung, die von 22.30 Uhr bis eine halbe Stunde nach Mitternacht dauerte, waren die von der Polizei aus ihren Wohnungen herangezogenen „Spiegel“-Korrespondenten Jaene, Schneider und Stähle zugegen. Sie wurden anschließend von Landgerichtsdirektor Dirks, dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs, vernommen.

Das Bundesverteidigungsministerium und alle anderen amtlichen Stellen in Bonn lehnen jede Äußerung zu dem Vorgang ab. Sie weisen darauf hin, daß in dem jetzigen Stadium ausschließlich die Bundesanwaltschaft zuständig sei. Nach unseren Informationen ist die Strafanzzeige gegen den „Spiegel“ nicht vom Bundesverteidigungsministerium gestellt worden.

Verrat militärischer Geheimnisse ist ein Verbrechen, das die Bundesanwaltschaft von sich aus zum Eingreifen veranlaßt. Zu vermuten ist, daß die Bun-

Becker, teilte vor der Presse mit, daß den Redakteuren und Angestellten jeder Zutritt zu den im Pressehaus gelegenen Redaktions- und Verlagsräumen verweigert wurde.

Nach dem Stand der Dinge ist nach Beckers Angaben nicht damit zu rechnen, daß die Redaktion am Montag ihre Arbeit planmäßig und voll aufnehmen kann.

Die Druckeräume des „Spiegel“ nicht rechtzeitig freigegeben werden, soll die nächste Ausgabe in einem mit dem „Spiegel“-Verlag befreundeten Hamburger Verlag gedruckt werden.

Vor der Presse erklärte Becker: „Weder der Vorwurf des Landesverrats noch die Behauptung, Beamte bestochen zu haben, trifft zu.“ Er versicherte mit Nachdruck: „Wir pflegen unsere Informationen nicht von Beamten einzuholen.“

Becker teilte mit, daß der Durchsuchungsbefehl schon am 23. Oktober ausgestellt worden sei. Der für den Artikel „Fallex 62“ verantwortliche Redakteur Ahlers habe der in Bonn dafür zuständigen Stelle vor der Veröffentlichung eine Liste mit Fragen vorgelegt, die Formulierungen seines Artikels und Belange des Staatsrechts betrafen.

Becker deutete an, daß die Aktion für den „Spiegel“ nicht völlig unerwartet gekommen sei, da Bundesverteidigungsminister Strauß schon am Mittwoch gesagt haben soll, mit dem „Spiegel“ werde in den nächsten Tagen „etwas passieren“. Aus SPD-Kreisen wurde das bestätigt.

Politischer Beobachter wiesen darauf hin, daß die SED nach ihrem neuen Parteistatut, das vom Parteitag im Januar verabschiedet werden soll, überhaupt keine Mitglieder in Westberlin haben kann, da die Mitgliedschaft auf „Bürger der DDR“ beschränkt sein soll.

Polizei verhindert Auftreten eines Zonen-Abgeordneten

Frankfurt a. M., 28. Oktober (dpa)

Die Frankfurter Kriminalpolizei verhinderte am Wochenende das Auftreten des SED-Volkstagesabgeordneten Professor Schwarz (Jena) auf einer Tagung der „Weltföderation der Wissenschaften“.

Westdeutsche Kommunisten in Frankreich geschult

Von unserem Korrespondenten

Zie. Berlin, 28. Oktober

Bei der kommunistischen Untergrundarbeit im nordrhein-westfälischen Industriegebiet wird nach Angaben des Dortmunder Oberstaatsanwalts Schneider in zunehmendem Maße auch die von Kommunisten geführte französische Gewerkschaft CGT eingeschaltet.

Der Oberstaatsanwalt sagt, westdeutsche Sicherheitsbehörden hätten beobachtet, daß Propagandamaterial der Sowjetzonen-Gewerkschaft FDGB auf dem Umweg über Frankreich ins Bundesgebiet geschickt werde.

Nach Ansicht Schneiders ist die seit 1956 illegale kommunistische Arbeit in der Bundesrepublik zwar nicht sonderlich erfolgreich, es gebe aber einen gut gegliederten Organisations- und Verteilerapparat für Propagandamaterial.

# Ehlers Spitzenkandidat der Bremer Sozialdemokraten

Von unserem Korrespondenten

M. Bremen, 28. Oktober

Zum Spitzenkandidaten der Bremer Sozialdemokraten bei den Bürgerstamtwahlen im Oktober 1963 hat der Landesparteitag der SPD am Sonntag einstimmig den gegenwärtigen Bürgermeister Ehlers nominiert.

Kaisers sagte, er wolle sich, wenn er nicht mehr Präsident des Bremer Senats sei, keineswegs völlig aus dem politischen Leben zurückziehen.

# Saarländische SPD vermißt Wirtschaftsprogramm

Von unserem Korrespondenten

Ds. Saarbrücken, 28. Oktober

Ein Programm zur Verbesserung der einseitigen industriellen Struktur des Saarlandes forderte der Landesparteitag der Sozialdemokraten am Wochenende in Saarbrücken.

Der Landesvorsitzende Kurt Conrad, und sein Stellvertreter Regitz wurden wiedergewählt.

# Direktorium der DFU wiedergewählt

Von unserem Korrespondenten

uhl. Frankfurt a. M., 28. Oktober

Den öffentlich bekundeten Verzicht auf Grenzrevisionen, auf die Hallstein-Doktrin und auf die „Ausrüstung der Bundeswehr mit jenen Kampfmitteln, die Kennedy als Offensivwaffen bezeichnet hat“, forderte die Vorsitzende der Deutschen Friedensunion, Frau Riemack.

Die Innenminister der Länder griff Frau Riemack scharf an, weil sie die Friedens-Union als von Kommunisten unterwanderte Organisation bezeichnet hatten.

Die bisherigen Mitglieder des Direktoriums, Renate Riemack, Graf von Westphalen und Lorenz Knorr, wurden wiedergewählt.

# Altbadener sollen nicht benachteiligt werden

Von unserem Korrespondenten

Bonn, 28. Oktober (dpa)

Abgeordnete der Koalitionsparteien im Bundestag haben für ein Gesetz über die Neugliederung des Gebietes Baden des Bundeslandes Baden-Württemberg einen Entwurf ausgearbeitet.

# BLICK IN DIE WELTPRESSE

## Die New York Times

Es steht viel auf dem Spiel

Mit dem Vorschlag Chruschtschows, Moskau werde einen Raketenbauraum in Kuba aufbauen, sofern Washington das gleiche in der Türkei tue, schreibt das unabhängige amerikanische Blatt: Wenn auch Chruschtschow vielleicht nur Zeit gewinnen will, so zeigt sich doch seine Bereitschaft, lieber zu verhandeln, als einen weiteren Krieg auszulösen.

Als auch die Sowjetunion unsicher bleiben — was wir glauben —, kann und muß jede Gelegenheit einer Lösung ergriffen werden.

## SUNDAY TIMES

Hoffnungsvoll

# Weyer verlegt Konferenz der Innenminister

Duhues: Es handelt sich nicht um eine Affäre der deutschen Presse

Nachrichtendienst der WELT Hamburg, 28. Oktober

Die Aktion gegen den „Spiegel“ hat eine Flut von Erklärungen ausgelöst. Der nordrhein-westfälische Innenminister und stellvertretende Ministerpräsident Weyer (FDP) verlangte am Sonntag die Einberufung einer Konferenz der Innenminister.

gegenang worden wie gegen die beschuldigten Journalisten. Scharf wandte sich der FDP-Bundestagsabgeordnete Singer gegen das Vorgehen der Polizei.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Dingeldey machte darauf aufmerksam, daß die Aktion erst drei Wochen nach Erscheinen des unattraktiven Artikels gegen den „Spiegel“ als objektiv gerechtfertigt herausstellen sollten.

# Kritik im Ausland

Nachrichtendienst der WELT Hamburg, 28. Oktober

Zahlreiche ausländische Notungen befanden sich am Wochenende auf dem Postweg gegen den „Spiegel“.

Die Pariser Abendzeitung „Le Monde“ behauptet über die Verhaftungen beim „Spiegel“ auf der ersten Seite: Die Deutschen haben Kommunisten abgelehnt.

Wahl '69 Logo with text 'Der Schritt für Mütter und Kömmer'